

Abschluß der Genfer Ratstagung

Eine klare Entscheidung in der oberschlesischen Schulfrage

U. Genf, 11. Juni. In seiner Samstagabend-Sitzung stellte der Völkerbundsrat folgende drei Richtlinien für die Behandlung der Aufnahmefrage für Minderheitenschulen auf:

1. Jede Person, die den Antrag stellt, sei es auf Errichtung einer Minderheitenschule, sei es auf Zulassung eines Kindes zu einer schon bestehenden Schule, muß gemäß ihrem Gewissen und unter eigener Verantwortlichkeit erklären, welches die Sprache des Kindes ist, für dessen Erziehung sie verantwortlich ist. Die Erklärung muß das widergeben, was der Erziehungsberechtigte für tatsächlich bestehend hält.

Diese Freiheit der Erklärung über die Sprache des Kindes stellt, obwohl sie einen gewissen Spielraum in der Abschätzung der Umstände mit sich bringt, keine unbegrenzte Möglichkeit dar, die Sprache, in der das Kind unterrichtet werden soll, und die entsprechende Schule zu wählen.

2. Die polnische Regierung ist berechtigt, zu Minderheitenschulen diejenigen Kinder nicht zuzulassen, deren Sprache nach Erklärung der Erziehungsberechtigten nur das Polnische ist.

3. Die polnischen Behörden dürfen Erklärungen verantwortlicher erziehungsberechtigter Personen über die Sprache der Kinder, keiner Nachprüfung, Bestreitung, Druck und Beeinträchtigung in irgendeiner Form unterwerfen.

Mit Rücksicht auf diese drei Richtlinien wird die polnische Regierung aufgefordert, sich mit diesen Bestimmungen ins Benehmen zu setzen und erneut Anträge auf Errichtung von Minderheitenschulen auf Grund von Erklärungen der Erziehungsberechtigten entgegenzunehmen. Der polnische Außenminister nahm diesen Bericht des Völkerbundes mit dem Vorbehalt an, daß die Erklärung der Erziehungsberechtigten auf Wahrheit beruhen müsse.

Der deutsche Regierungsvertreter Herr v. Schubert erklärte, ich nehme Kenntnis von der Erklärung des Herrn Vertreters der polnischen Regierung, daß sie anerkennt, daß Art. 131 der Genfer Konvention das Verbot für die polnische Schulbehörden in sich schließt, die für den Eintritt in die Minderheitenschule abgegebenen Erklärungen nachzuprüfen oder zu bestreiten. Ich möchte meinerseits nochmals darauf hinweisen, daß das Haager Gericht diesen wichtigen Grundsatz ohne irgendeinen Vorbehalt aufstellte.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erstattete der deutsche Vertreter, Staatssekretär v. Schubert, Bericht über die Tätigkeit des Wirtschaftsrates des Völkerbundes.

Mit einer kurzen öffentlichen Sitzung und einer darauf folgenden vertraulichen Sitzung wurde darauf die 50. Tagesperiode des Völkerbundsrats am Samstagnachmittag abgeschlossen.

Klägliche Ergebnisse.

Die Tagung des Rats hat bis auf die Regelung der oberschlesischen Fragen vom deutschen Standpunkt aus betrachtet keine positiven Ergebnisse gebracht. In einer Reihe großer

Fragen, wie die internationale Gerichtsbarkeit und der Minderheitenschutz, sind vom Rat Entscheidungen getroffen worden, die mit den deutschen Interessen nur sehr schwer vereinbar sind. In den polnisch-litauischen Fragen hat der Rat gleichfalls keine Lösung oder Förderung der Verhandlungen erreichen können. Es muß bedauerlicherweise festgestellt werden, daß die deutsche Gesamtsituation auf dieser Ratstagung keine Stärkung erfahren hat.

Eine schwere Rechtfertigung der Minderheiten.

Der vom Rat angenommene Bericht über die Ablehnung der albanischen Minderheitenklage bedeutet eine schwere Schädigung der Interessen der gesamten Minderheitenbewegung für die Zukunft. Der Bericht gibt den Regierungen eine neue rechtliche Waffe im Kampf gegen die deutschen Minderheiten in den verschiedenen Ländern in die Hand. Er aberkennt den Minderheiten das Recht, auf Grund des Art. 11 an den Rat wegen Verletzung des Minderheitenschutzes zu appellieren und nimmt grundsätzliche Feststellungen über die Bedeutung des Minderheitenschutzes vor, die in schroffem Widerspruch zu dem Inhalt der Minderheitenabmachungen stehen. Es ist deshalb bedauerlich, daß der deutsche Delegierte diesem Bericht zugestimmt hat. Die Möglichkeit einer Vertagung des Berichts auf den September wäre ohne weiteres gegeben gewesen. Der Beschluß des Völkerbundes entspricht in keiner Weise den Interessen der nach Millionen zählenden deutschen Minderheiten in den durch den Versailler Vertrag abgetretenen deutschen Gebieten.

Die deutsche Delegation verläßt Genf.

U. Genf, 11. Juni. Die deutsche Delegation hat mit Staatssekretär v. Schubert und Ministerialdirektor Gauß an der Spitze am Sonntag mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug Genf verlassen; die Delegation triff heute in Berlin ein. Die übrigen Delegationen, der englische Außenminister Chamberlain, der polnische Außenminister Jaleski und Paul Boncour haben ebenfalls im Laufe des Sonntags Genf verlassen.

Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz nicht vor dem Herbst.

U. Genf, 11. Juni. Während der Genfer Ratstagung haben mehrfach vertrauliche Besprechungen zwischen Chamberlain und Paul Boncour über die Abrüstungsfrage stattgefunden, die sich an die Pariser Unterredung zwischen Chamberlain und Briand angeschlossen. Freundliche feite Vereinbarungen sind jedoch in diesen Gesprächen nicht getroffen worden. Die Frage der Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes bleibt zunächst nach wie vor ungeklärt. Man weiß auf die sehr großen Schwierigkeiten hin, die in dieser Frage zutage getreten seien, insbesondere auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen der französischen, englischen und amerikanischen Regierung über die grundsätzliche Methode der Abrüstung. Unter diesen Umständen ist eine Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz nicht vor zu erwarten.

Aus dem besetzten Gebiet

Schon wieder ein Besatzungszwischenfall.

U. Speyer, 10. Juni. Am gleichen Tage, an dem sich in Maximiliansau ein Zwischenfall zwischen einem französischen Offizier und einem Deutschen ereignete, trug sich ein solcher auch in Speyer am Rhein zu. Zwei französische Alpenjäger hielten am Abend des 3. Juni in Speyer ein Ehepaar an, versuchten den Mann von seiner Frau zu trennen und diese in ein nahegelegenes Feld zu schleppen. Nur dem energischen Dazwischentreten des Ehemannes ist es zu danken, daß ihr Vorhaben mißlang. Als dann noch einige Zivilpersonen des Ortes kamen, flüchteten die Alpenjäger. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist es durch Gegenüberstellung des Ehemannes mit Soldaten gelungen, die Täter zu ermitteln und festzunehmen.

Der französische Spionagedienst im besetzten Gebiet.

U. Mainz, 10. Juni. Nach neuerer Feststellung hat sich ergeben, daß die französische Besatzung im besetzten Gebiet noch ein großes Kontingent von Geheim- und Militärpolizei unterhält. Im ganzen sollen sich etwa 600 Geheim- und Sicherheitsbeamte im besetzten Gebiet befinden. Die Hauptstellen der Geheim- und Nachrichtenpolizei sind Mainz, Ludwigshafen und Koblenz. In Mainz befindet sich die Oberleitung des französischen Nachrichtenwesens, der etwa 80 Beamte mit mehreren Offizieren zugeteilt sind. Es ist immer wieder festgestellt worden, daß die französischen Nachrichtenabteilungen mit der Besatzungsbehörde zusammenarbeiten, was von dieser bisher immer wieder bestritten wurde. Man ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß auch der Spionagedienst zum Teil von der Besatzung unterhalten wird.

Breitscheid in Paris

U. Berlin, 10. Juni. Wie die „Tägliche Rundschau“ aus Paris meldet, erklärte Reichstagsabgeordneter Breitscheid, der sich in den letzten Tagen in Paris aufhielt, einem Vertreter des „Deuvre“, er habe seine sozialistischen Freunde besucht, um sich über ihre Eindrücke aus den deutschen Wahlen zu unterrichten. Alle hätten den gewaltigen Fortschritt der republikanischen und der Friedensidee, wie er in den deutschen Wahlen zum Ausdruck komme, anerkannt. Wenn die öffentliche Meinung Frankreichs dieser Tatsache Rechnung tragen wolle, würden gewisse zwischen Frankreich und Deutschland schwebende Fragen schneller und mit mehr Aussicht auf Erfolg geregelt werden können.

„Wir werden im neuen Verfassungsentwurf (das) Vorkommen fordern, darunter den Reichskanzlerposten. Das Finanzministerium gehört zu denen, auf die wir einen Anspruch zu haben glauben,“ erklärte Breitscheid wörtlich. Er gab zu, mit französischen Staatsmännern („Deuvre“ nennt Poincaré und Briand) verhandelt zu haben.

Württ. Landtag



Staatspräsident Dr. Holz.

Staatspräsident Dr. h. c. Eugen Anton Holz wurde am 15. Dezember 1881 in Rottenburg a. N. als Sohn eines Kaufmanns geboren. Von 1900—1904 studierte er auf den Universitäten Tübingen, Bonn und Berlin Rechtswissenschaft und trat dann in den württembergischen Justizdienst, wo er zuletzt Amtsrichter in Rottenburg war. Sehr frühzeitig wandte er sich auch der Politik zu und wurde schon 1912 — erst 31 Jahre alt — vom Zentrum in den Reichstag gewählt, dem er bis zum Umsturz angehörte. Auch der Nationalversammlung gehörte er an und seit 1920 ist er auch im neuen Reichstag vertreten. Dem württembergischen Landtag gehört er ebenfalls seit 1913 an. Nach dem Tode des Justizministers v. Kiene wurde Abg. Holz am 29. Oktober 1919 dessen Nachfolger. Eine Berufung zum Reichsschatzminister lehnte er im März 1920 ab. Am 2. Juli 1923 übernahm er an Stelle des verstorbenen Ministers Graf das Ministerium des Innern. Als Minister des Innern hat er eine ruhige und feste Hand gezeigt. Kürzlich wurde Minister Holz wegen seiner Verdienste um den württembergischen Staat mit dem Ehren doktor ausgezeichnet. Dr. Holz ist nach Holz, v. Hieber, Rau und Bazille der 5. württembergische Staatspräsident.

Das Zentrum und die Regierungsbildung.

Die Württ. Zentrumskorrespondenz gibt über den Gang der Regierungsverhandlungen eine eingehende Darstellung. Darin heißt es: Der überwiegende Teil des Landesvorstandes und der Zentrumsfraktion kamen unter Ablehnung der Uebertragung der Verhandlungsführung an die Sozialdemokratie zu dem Ergebnis, daß es erwünscht sei, am Freitag, den 8. Juni, den Staatspräsidenten zu wählen, und daß vorläufig das Zentrum bis zur Erweiterung der Regierung nach der Seite der Deutschen Volkspartei oder der Demokratischen Partei hin den Staatspräsidenten stellen solle. Dabei ging man von der Auffassung aus, daß die Sozialdemokratische Partei im Reich und in anderen Ländern einen starken Einfluß besitze und daß die überwiegende Meinung der württ. Bevölkerung mehr auf der Seite einer aus den bürgerlichen Parteien bestehenden Regierung stehen werde. Diese Stellungnahme erfolgte insbesondere in Rücksicht auf die katastrophale Notlage der Landwirtschaft und den Schutz der kulturellen Güter, wie der Erhaltung lebensfähiger süddeutscher Länder. Dagegen wurde die Wahl eines Sozialdemokraten zum Landtagspräsidenten gebilligt und gleichzeitig ausgesprochen, daß dem Zentrum jede reaktionäre Politik fernliege, der demokratisch-republikanische Staat sichergestellt sei und die lebenswichtigen Interessen der Arbeitnehmererschaft auch in der neuen Regierung eine ebenso sachliche wie entschiedene Förderung erfahren müßten. Die Wahl des bisherigen Innenministers Holz zum Staatspräsidenten ist nur aus der Schwierigkeit der Lage heraus zu erklären. Das Zentrum hat diesen Posten weder erstrebt noch ist ihm derselbe erwünscht. Mit der vorläufigen Wahl von Innenminister Holz zum Staatspräsidenten soll die Brücke gebaut werden zu einer weiteren Verständigung unter den Parteien.

Obstruktionsabsichten der Sozialdemokratie?

Der Stuttgarter Berichterstatter der Frankf. Ztg. will von sozialdemokratischer Seite gehört haben, daß diese Partei über die Regierungsbildung außerordentlich verstimmt ist und daß sie den Präsidenten des Landtags, Pflüger, der aus ihren Reihen stammt, in diesem Fall zurückziehen wolle, damit sie neben der Opposition auch alle Möglichkeiten zur Obstruktion im Landtag habe.

Zum Vorsitzenden der Landtagsgruppe des Christlichen Volksdienstes ist nicht Amtsgerichtsrat Liebig, sondern Rektor Klingorh bestellbar worden.

Kleine Anfragen.

Das Zentrum hat im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Am 1. April 1927 erseht der Landesfürsorgeverband nur noch den Ortsfürsorgebehörden die Hälfte des von ihnen endgültig zu tragenden reinen Aufwandes, der durch die wegen Geisteskrankheit, Geisteschwäche, Epilepsie oder einer dieser ähnlichen Krankheiten, Taubstummheit und Blindheit eines Heilbedürftigen notwendige Versorgung in einer ent-

Die polnisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen

Polen verlangt Abänderung des französisch-polnischen Handelsvertrags.

U. Paris, 10. Juni. Der Pariser Vertreter der Telegraphen-Union gibt unter ausdrücklichem Vorbehalt folgende Mitteilung wieder, die er von gut unterrichteter Seite erhielt: Falls die polnische Regierung eine Abänderung des französisch-polnischen Handelsvertrags verlangen sollte, wird die französische Regierung ihre Zustimmung versagen. Die polnische Regierung dürfte zu diesem Verlangen durch die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland veranlaßt sein, denn der polnisch-französische Vertrag sieht u. a. eine besondere Bestimmung vor, die Frankreich nicht nur die Meistbegünstigungsklausel zuspricht, sondern auch in einer Reihe von Fällen den französischen Handel und die in Polen lebenden Franzosen auf gleiche Stufe mit dem polnischen Handel und den Polen stellt. Die polnische Regierung soll nun die Absicht haben, die französische Regierung um eine Aenderung dieser Bestimmungen, die in ein besonderes Protokoll aufgenommen sind, zu ersuchen, weil Deutschland in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen fortgesetzt die gleiche Behandlung für sich verlange, die den französischen Staatsbürgern und dem französischen Handel in Polen zuteil wird. Polen aber wolle diesen deutschen Wünschen nicht nachgeben, statt dessen aber den polnisch-französischen Handelsvertrag wie erwähnt abändern. In Frankreich hofft man aber, daß Polen nachgeben und auf eine Aenderung des Handelsvertrags mit Frankreich verzichten werde, wodurch andererseits eine Erschwerung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen entstehen würde.

Bei den vielfachen Erörterungen der nunmehr drei Jahre dauernden deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ist, wie zu dieser Meldung bemerkt werden muß, niemals Bezug auf den polnisch-französischen Handelsvertrag genommen worden. Auch in der polnischen Presse ist bislang nichts davon gesagt worden. Dagegen dürfte es richtig sein, daß Polen demnächst in Paris Schritte zur Abänderung seines Vertrages mit Frankreich tun wird, da in der polnischen Fachliteratur der polnisch-französische Handelsvertrag als durchaus einseitig und zu Ungunsten Polens bezeichnet wird.

Schreiner-Zwangs-Innung.
Auf nächsten Donnerstag, den 14. ds., abends
7/7 Uhr, lade ich
alle im Bezirk bei Innungs-Meistern
arbeitenden Gesellen
ins Gasthaus zum „Bären“ hier ein.
Zweck: Wahl eines Gesellen-Ausschusses.
Der Vorstand: R. Buhl.

**Gemeindeverband der Schwarzwald-
Wasserversorgung Bergorte.**
**Vergebung von
Wasserleitungsarbeiten.**
Die erforderlichen

Erd-, Beton- und Maurerarbeiten sowie die
Rohrleitungs- und Verlegungsarbeiten für die
Leitungstrecke Jainen-Beimberg sollen vergeben
werden.
Zur Vergebung kommen rund 1000 lfdm. gußeiserne
Muffenröhren von 70 mm l. W. mit Zubehörtellen, 1200 cbm
Erdaushub.

Die Bedingungen sowie die erforderlichen Angebots-
Bordrucke die gegen eine Gebühr von 1 Mk. das Stück
abgegeben werden, liegen vom 12.-18 Juni 1928 auf dem
Rathaus in Altburg auf.

Dieselbst sind die schriftlichen Angebote bis zum
25. Juni 1928 nachm. 6 Uhr abzugeben.

Stuttgart den 9. Juni 1928.
Altburg.

Bauamt für das
öffentliche Wasserversorgungswesen
Gemeindeverband der
Schwarzwaldwasserversorgung Bergorte,
Verwaltung Altburg.

**Zur
Heuernte**

Friedrichstaler Sensen und Sichel
Heu-, Dung- und Worgabeln,
Heuzangen, Seilrollen, Wegsteine
und Klümpe, Handschleppreden,
Holzrechen.

Eugen Dreiß, am Markt.

Gummischläuche
Schlauchwagen, Strahlrohre,
sowie sonstige Zubehörtelle
liefert vorteilhaft.
CARL HERZOG
EISENHANDLUNG CALW.

Am Mittwoch, 13. Juni bin ich wieder i. Calw, Hotel
W. von 9 bis 11 Uhr zu sprechen. — Ohne Blütlung,
ohne Narbe zu hinterlassen, zu
ferne ich wie bisher schmerzlos
für immer jeden Schweißsch-
ter w. Hauterhöchungen, Mutter-
mälle, Leberflecken, Einsen, War-
zen, Hühneraugen, lästige Haare
und Sommerprossen, Pickel und Mitesser. Auch führe ich ein
Pflanzen-Präparat von Professor Dr. Witke, das grauen
Haaren, ohne zu färben, wieder die ursprünglichen Far-
ben verleiht und daß die Haare wieder wachsen durch mein
Spezialmittel, wenn noch Wurzeln vorhanden. Für dauernden
Erfolg siehe ich ein. Auskunft und Prospekte unent-
geltlich. 15jährige Praxis. Viele Dankschreiben.
Maria Ladener, Wwe., Stuttgart,
Rangstraße 22. Spezialistin für Kosmetik.

Pianos zur Miete
mit großem Vorteil bei späterem Kauf
Pianofabrik F. Dörner & Sohn
Stuttgart, Wilhelmsplatz 13 b.

Schöne schwarze Kleiderstoffe
in Wolle und Seide
in riesengroßer Auswahl
Paul Räuchle, am Markt, Calw

Calwer Lieberkranz
Heute abend
8 Uhr ist
**Sing-
stunde**
Vollzähliges Erscheinen
erwartet
Vorstand Stüber.

**Bubiköpfe
Haararbeiten**
anerkannt am besten bei
Friseur Obermatt
b. Hotel Adler, Fernspr. 240.

Suche zu sofortigem Ein-
tritt (oder 15. Juni) ein
ankundiges fleißiges

**Küchen-
Mädchen**
bei gutem Lohn. Ange-
bote an
Hotel gold. Stern
Wildbad.

Ordentliches, zuverlässig

Mädchen
in kl. Haushalt auf 15. 6.
od. 1. 7. gesucht. Gelegen-
heit kochen zu lernen ist ge-
boten.

Photogr. u. evtl. Zeug-
nisse erbeten.

Fr. Dr. Beckh,
Pforzheim, Wehl. 182.

Jeden Dienstag und Frei-
tag von 10-12 Uhr gibt es

Indelböden.
Hermann Schürle
Leigwarengeschäft.

**2 komplette
Betten**

wegen Wegzug billig zu
verkaufen.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

**Brennöl- und
Birkenhaarwaffer**
für Haare und Haarböden
Flasche Mk. 1.50 bei
R. Otto Vinçon, Calw.

Den
**Klee- und
Grasertrag**
von 3/4 Morgen am grünen
Weg verkauft
Emil Rau.

Den
Grasertrag
(ewigen Klee) von 24 Ar
im breiten Heerstraße hat
zu verkaufen
Bäcker Lutz, Badstraße.

Eine junge
Ziege
verkauft.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

**Ubenarius-
Carbolinum**
Carl Serva
Fernsprecher 120

Wenn Sie
über Vorgänge im
Wirtschaftsleben des
Bezirks unterrichtet
sein wollen, dann
müssen Sie sich das
Calwer Tagblatt
halten. Die ständige
Zunahme der Auf-
lage des Blattes zeigt
die wachsende Er-
kenntnis im Bezirk,
wie notwendig die
Haltung eines Blattes
ist, das den Leser mit
seinem Wirtschafts-
gebiet verbindet...

**Täglich
Gefrorenes
Wild. Sachs
Ronditorei.**

**†
Dankfagung**
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange
unseres lieben Mitarbeiters und Bruders
Martin Weik
sagen wir herzlichsten Dank.
Wir danken auch Herrn Pfarrer Jung, sowohl für das Wort,
welches er unserm lieben Heimgegangenen gemäß seinem Wunsche
nachrief: „Dieser war auch mit dem Jesus von Nazareth“, als
auch für die freundliche Ueberlassung der Möttlinger Kirche zur
Abhaltung der Trauerfeier.
Alle, welche den Entschlafenen und seine Arbeit in der Arche
gekant haben, werden sich mit Freuden die Mahnung des Hebräer-
briefes gefallen lassen: „Gedenket an eure Lehrer, die euch das
Wort Gottes gefagt haben; ihr Ende schauet an, und folget ihrem
Glauben nach“.
Retlungsarche
Hausvater Friedrich Stanger.
Möttlingen, den 11. Juni 1928.

Für Regentage

- | | |
|-------------|------------------|
| Gummimäntel | Herrenwindjacken |
| Lodenmäntel | Knabenwindjacken |
| Pelerinen | Damenwindjacken |

Paul Räuchle, am Markt, Calw.

Sonder-Angebot
in Hosen und Arbeitskleidung
Ich hatte Gelegenheit, einen großen Lagerposten guter Hosen zu kaufen und
biete diese zu folgenden
außergewöhnlich niederen Preisen
an:
Zeughosen 6.00, 7.50, 9.40, 10.00 Mk.
Lederhosen 6.50, 7.50, 8.80, 9.80 13.00 Mk.
Samthosen 10.00, 13.00, 14.00, 16.00 Mk.
Halbtuchhosen 9.00, 10.00, 12.00, 12.60, 13.00, 15.00, 16.00 18.00 Mk.
gestreifte Hosen Rammgarnhosen 10.00, 12.50, 16.50, 18.00, 20.00 Mk.
Sommerflanellhosen Tennishosen 17.00, 18.00, 19.00, 20.00, 22.00,
23.00 Mk.
Sporthosen 8.00, 10.00, 12.00, 14.00, 15.00, 16.00, 18.00, 19.00, 21.00,
23.00, 25.00, 27.00, 28.00 Mk.
Ferner Kochhosen 7.00 Mk.
Arbeitsmäntel 7.00, 8.80, 9.80 Mk.
Buchdruckerhemden 7.00, 7.30 Mk.
Blusen für Küfer und dergl. 4.30, 4.50, 5.00, 6.50 Mk.
Die Preise verstehen sich für alle Mannsgrößen 44-54 u. Bauchgrößen 51-58.
Burschengrößen 38-43 sind 10% billiger.
Paul Räuchle, am Markt, Calw.